

**Wahlprogramm
zur Europawahl 2009**
der Freien Demokratischen Partei

**„Ein Europa der Freiheit
für die Welt des 21. Jahrhunderts“**

(Beschlossen auf dem Europatag
in Berlin am 17. Januar 2009)



Ein Europa der Freiheit

für die Welt des 21. Jahrhunderts



Ein Europa der Freiheit für die Welt des 21. Jahrhunderts

**Programm der
Freien Demokratischen Partei zur
Wahl des Europäischen Parlaments 2009**

beschlossen auf dem Europaparteitag am 17. Januar 2009 in Berlin

Inhalt	Seite
Präambel	7
1. Die EU: Wie geht es weiter?	9
2. Welche Rolle soll Europa in der Weltpolitik spielen?	12
3. Wie schaffen wir einen modernen EU-Haushalt?	17
4. Wie schaffen wir mehr Arbeitsplätze und eine wachsende Wirtschaft?	20
5. Bildung, Kultur und Kreativität: Wie Europas Vielfalt stärken und weiterentwickeln?	24
6. Wie kann Europa in Forschung und Innovation wieder zur Weltspitze gehören?	27
7. Soziales Europa - Was soll Europa leisten?	30
8. Welche Zukunft für die Gemeinsame Agrarpolitik?	32
9. Wie soll die EU die Verbraucher schützen?	35
10. Wie soll der europäische Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts aussehen?	37
11. Wie gestalten wir das Miteinander von Mensch und Natur?	40
12. Wie verbinden wir Klimaschutz mit bezahlbarer Energie?	42
13. Wie sichern wir in Europa eine nachhaltige Mobilität für alle?	45
14. Wie schaffen wir mehr Demokratie und weniger Bürokratie in Europa?	48
Glossar	52
Impressum	63

Präambel

Die Europäische Union (EU) ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Anstrengung der Völker Europas, Krieg in Europa für alle Zeiten zu ächten und Freiheit und Wohlstand für alle in ganz Europa zu schaffen. Die Europäische Union ist ein weltweit anerkanntes erfolgreiches Beispiel, wie es gelingen kann, Erbfeindschaften zu überwinden, Freiheit zu sichern und Wohlstand zu mehren. Aus dieser geschichtlichen Verantwortung bleibt Europa moralisch verpflichtet, für die Werte des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands weltweit zu werben und ein zu stehen.

Im weltweiten Wettbewerb um Werte und Einfluss ist die EU wichtiger denn je. Nur sie gibt uns die Chance, in der Globalisierung erfolgreich zu sein. In der internationalen Finanzkrise konnte allein das gemeinsame Handeln in der EU unsere Wirtschaft sichern. Die brennenden Fragen Energiesicherheit, Rohstoffversorgung, Umwelt- und Klimaschutz, Welthandel sowie innere und äußere Sicherheit können von Nationalstaaten nicht mehr im Alleingang beantwortet werden. Deshalb wollen wir Liberalen eine starke und selbstbewusste EU, die eine aktive Rolle in der Welt spielt.

Die EU hat viel erreicht. Wir fahren in Urlaub ohne Passkontrolle und Geldumtausch, wir sehen eine nie da gewesene Produktauswahl, wir genießen die Vielfalt der europäischen Kulturen, wir schützen grenzüberschreitend Natur und Umwelt. Doch Liberale wollen mehr: Wir wollen eine EU, die demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger wird.

Die EU wird demokratischer, wenn Entscheidungen zu Bürger- und Freiheitsrechten nicht länger hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Unsere Vision ist die eines Europas der Bürger. Über Bürger

und Freiheitsrechte, über Datenschutz und Migration, über Justizfragen und Grundrechtesschutz muss das Europäische Parlament mitentscheiden, nicht alleine die im Rat vertretenen Regierungen. Dies würde mit dem Vertrag von Lissabon erreicht, dessen Ziele wir vor allem deshalb auch weiterhin unterstützen.

Die EU wird verständlicher, wenn sie ihre Kraft aus der Beschränkung auf das Wesentliche schöpft. Die Wirklichkeit sieht jedoch manchmal anders aus. Die Ausweitung von Zuständigkeiten sowie bürokratische Auswüchse schaden der EU. Die FDP ist Ansprechpartner für berechtigte Kritik der Bürger an der EU. Wir wollen eine schlanke, aber starke EU – wir wollen Bürokratieabbau und Effizienz, wir sind gegen eine EU-Steuer und für die Beibehaltung des Verschuldungsverbots, wir sind für ein soziales Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage als Ergebnis von Sozialpolitik in nationaler Verantwortung, damit sie auch weiterhin nah am Menschen gemacht werden kann.

Die EU wird handlungsfähiger, wenn alte und neue Mitgliedstaaten zusammenwachsen, den Umgang miteinander lernen und gemeinsam neue Impulse für die EU in der Welt des 21. Jahrhunderts geben. Im Eintreten für Frieden, Menschenrechte, Demokratie, Freihandel, Entwicklung und Sicherheit muss die EU entschlossen voran gehen. Deshalb wollen wir Liberale eine starke und einige EU, die aktiv die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt betreibt.

Die FDP ist die einzige Partei in Deutschland, die die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft konsequent beachtet. Nur Wettbewerb schafft Fortschritt – geistigen wie materiellen. Die FDP im Europäischen Parlament wird deshalb darauf achten, dass der freie Wettbewerb in marktwirtschaftlichem Ordnungsrahmen auch in der EU von morgen zur Geltung kommt.

Wir wissen, dass die EU Wohlstand schafft, wenn sie den Binnenmarkt weiterentwickelt. Deutschland ist Exportweltmeister – zwei Drittel der deutschen Ausfuhr gehen in den europäischen Binnenmarkt. Das schafft hochwertige Arbeitsplätze hier bei uns, die Voraussetzung für unseren Sozialstaat und unsere hohen Umweltstandards sind.

Als Gemeinschaft von fast 500 Millionen Menschen aus 27 Ländern arbeiten wir daran, heute und in Zukunft in Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu leben. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft werden dabei auch in Zukunft die Grundfesten liberaler Politik sein. Dafür steht die FDP, dafür werden wir uns auch in Zukunft im Europäischen Parlament einsetzen.

1. Die EU: Wie geht es weiter?

Die FDP will, dass die Europäische Union demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger wird. Wir halten deshalb an den Zielen des Vertrages von Lissabon fest, denn er enthält die wesentlichen Elemente für eine grundlegende Reform der Union: Eine erhebliche Stärkung des Europäischen Parlaments, verbesserte Mitsprache- und Kontrollmöglichkeiten der nationalen Parlamente in EU-Angelegenheiten, eine besser koordinierte EU-Außenpolitik und effizientere Entscheidungsmechanismen für die erweiterte Union (Prinzip der „doppelten Mehrheit“), insbesondere die Ausweitung des Mehrheitsprinzips auf fast alle Politikbereiche. Für Liberale zentral ist die Demokratisierung der Gemeinsamen Innen- und Justizpolitik.

Bürgerinnen und Bürger erwarten von der EU aktives politisches Handeln: Menschenrechte und Demokratie, Sicherung der Wirtschaft in der Finanzkrise, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Krisen und Kriege, nukleare Bedrohung und Abrüstung, der Zugang zu Energie, internationaler Handel, der Kampf gegen die unübersehbaren Folgen des Kli-

mawandels und Terrorismus – die Herausforderungen sind akut und die Welt wartet nicht, bis die EU ihre institutionellen Fragen geklärt hat. Deswegen muss die EU politisch geschlossen sein und entschlossen gemeinsam handeln. Sowohl aktuelle Aufgabenstellungen als auch strategische Fragen müssen unter dem Appell der Nachhaltigkeit evaluiert werden.

Die FDP bekräftigt ihre Haltung, dass die notwendigen Reformen der EU möglichst von allen Mitgliedstaaten gemeinsam zu erreichen sind. Andere Modelle sind aber zulässig und sinnvoll, wenn im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Europa gemeinsame Ziele erreicht und konkrete Projekte verwirklicht werden können. Wenn Gruppen von EU-Staaten mit Projekten vorausgehen, diese sich bewähren und andere EU-Staaten die Möglichkeit haben, sich später daran zu beteiligen, ist dies mit dem europäischen Gedanken vereinbar, wie die Einführung des Euro, des Schengenraums und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gezeigt haben. Der europäische Einigungsprozess sollte durch die Anwendung der verstärkten Zusammenarbeit intensiviert werden, zum Beispiel auf den Feldern Bankenaufsicht, Verteidigungspolitik oder im materiellen Strafrecht.

Die FDP hat die Erweiterung der Europäischen Union mitgetragen. Das war politisch und moralisch richtig so – und es lag in unserem eigenen Interesse. Eine enorme Wirtschaftsdynamik in den neuen Mitgliedstaaten hat in unserem Land zu zahlreichen neuen Arbeitsplätzen geführt. Für die FDP steht in den nächsten Jahren das bürgergesellschaftliche Engagement für Verständigung zwischen alten und neuen Mitgliedern im Vordergrund, um die politisch vollzogene Erweiterung auch durch ein Zusammenwachsen der Gesellschaften nachhaltig zu verankern. Ein besseres Verständnis der Deutschen und Polen für einander ist genauso wie das gute Verständnis zwischen Deutschen und Franzosen Voraussetzung für den Erfolg der EU.

Eine an den Zielen des Vertrages von Lissabon orientierte EU-Reform ist für die FDP nun jedoch Voraussetzung für die Aufnahme weiterer Staaten. Mit Kroatien, das größte Anstrengungen unternommen hat, um sich auf einen EU-Beitritt vorzubereiten, sind die Verhandlungen allerdings bereits weit fortgeschritten, der Beitritt erscheint daher auch im Rahmen einer Teilreform denkbar. Das gilt auch für Norwegen, Island und die Schweiz, sofern sie den Beitritt beantragen sollten.

Die Entscheidung über einen EU-Beitritt der Türkei steht in der kommenden Legislaturperiode noch nicht an. Die Türkei hat zwar eine Reihe wichtiger Reformschritte gemacht, in vielen Bereichen gibt es aber noch erhebliche Defizite bei der Erreichung der EU-Standards (Kopenhagener Kriterien), die für einen Beitritt erfüllt sein müssen. Schlüssel für den Beitritt zur EU sind die Umsetzung der Reformen in der Türkei und die Aufnahmefähigkeit der EU.

Die Staaten des westlichen Balkans haben eine mittel- bis langfristige Perspektive, der EU beitreten zu können, was die FDP unterstützt. Langfristig gilt dies auch für die Ukraine.

Für die Bürgerinnen und Bürger ist entscheidend, dass die Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik der EU wieder hergestellt wird. Für die FDP gilt: Beitrittsverhandlungen müssen ergebnisoffen geführt werden. Einen „Rabatt“ bei den Kriterien oder gar einen Beitrittsautomatismus, zum Beispiel durch Nennung eines Beitrittsdatums vor Abschluss der Verhandlungen, darf es nicht geben.

Die FDP will eine demokratische, transparente und bürgernahe EU, die nach liberalen Grundsätzen gestaltet ist und den Rahmen dafür schafft, dass die Bürgerinnen und Bürger Lebenschancen ergreifen und ihr Leben frei und eigenverantwortlich gestalten können. Wir wol-

len ein Europa, das stark, aber schlank ist und seine Kraft aus der Beschränkung auf das Wesentliche schöpft. Die Europäische Union ist unsere Antwort auf die Globalisierung. Ziel der FDP bleibt eine starke politische EU.

Die FDP fordert:

- eine demokratische, verständliche und handlungsfähige EU
- das Festhalten am Ziel einer umfassenden EU-Reform
- eine dem Vertrag von Lissabon entsprechende Vertiefung der Union
- eine glaubwürdige Erweiterungspolitik mit Augenmaß
- Unterstützung für die jetzigen Beitrittskandidaten
- eine Absage an jegliche Form von Rabatten bei den Beitrittskriterien
- den Erhalt der Beitrittsperspektive für die Länder des westlichen Balkans

2. Welche Rolle soll Europa in der Weltpolitik spielen?

Die Europäische Union bleibt außenpolitisch noch weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Nur wenn die Mitgliedstaaten das politische Gewicht Europas durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die diesen Namen auch verdient, zur Geltung bringen, können sie Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in Europa dauerhaft sicherstellen. In der Georgienkrise hat sich gezeigt, dass gemeinsames europäisches Handeln erfolgreich sein kann. Ein geschlossenes und entschlossenes Vorgehen muss bei der Bewältigung von Konflikten oder dem Eintreten für Menschenrechte und Demokratie zur Regel werden.

Hierfür mangelt es nicht an Ressourcen, sondern zuallererst an dem notwendigen politischen Willen der Regierungen, einschließlich der deutschen Bundesregierung.

Multilaterale Lösungen bleiben für Liberale das erste Mittel der Wahl, um Interessenkonflikte zu bewältigen. Diese müssen wirksam sein; wir unterstützen daher die Doktrin des „Effektiven Multilateralismus“ der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003, setzen uns aber für eine regelmäßige Überarbeitung dieser Strategie ein, um die außenpolitische Grundlage der EU relevant und aktuell zu halten.

Europa muss sich so aufstellen, dass es auf gleicher Augenhöhe mit den Partnern die Politik des Westens im Zeitalter der Globalisierung formulieren und ausführen kann. Dazu sind die Reformansätze des Vertrages von Lissabon ein richtiger Schritt. Im Verhältnis zu den USA setzen wir auf einen Neuanfang der transatlantischen Beziehungen in Partnerschaft mit der neuen amerikanischen Administration.

Rüstungskontrolle und Abrüstung sind als integrale Bestandteile der GASP unverzichtbar. Die elementaren Fragen von Sicherheit und Abrüstung in Europa müssen von allen Europäern beraten, eine gemeinsame Position gefunden und dann mit den Verbündeten entschieden werden. Europa muss sein politisches Gewicht für eine neue Abrüstungspolitik in die Waagschale werfen. Die deutliche weltweite Reduzierung der Nuklearwaffen aller Atommächte und die Beseitigung aller atomaren Kurzstreckenwaffen gehören auf die Agenda neuer europäischer Abrüstungsinitiativen. Die Europäer sollten bei der Ratifikation des angepassten KSE-Vertrages für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vorangehen. Es gilt, die Impulse einer europäischen Abrüstungspolitik, gemeinsam auch in der NATO zu vertreten, damit wieder an die in den 80er Jahren bereits erfolgreiche Strategie der Vertrauensbildung durch eine konsequente Abrüstungspolitik und ständige Dialog- und Kooperationsangebote angeknüpft werden kann.

Im Verhältnis zu Russland wenden wir uns mit Nachdruck gegen jeden Versuch, einen neuen Kalten Krieg heraufzubeschwören, sind allerdings genau so klar in unserer Kritik am russischen Verhalten gegenüber seinen Nachbarn, sowie an den Menschenrechtsverletzungen im Innern. Unser Ziel bleibt langfristig die strategische Partnerschaft mit Moskau im Rahmen einer gemeinsamen Sicherheitsordnung, die die Grundsätze der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beachtet.

Wir streben eine bessere Einbeziehung der aufstrebenden Mächte des 21. Jahrhunderts in die Strukturen globaler Governance an. Insbesondere China ist verstärkt in internationale Verantwortung einzubinden. Auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNO) muss dringend erweitert werden, um die Legitimität der UNO zu erhöhen. Wir setzen uns für einen gemeinsamen europäischen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat im Rahmen einer Gesamtreform der UNO ein. Ein ständiger deutscher Sitz ist nur die zweitbeste Lösung, bis die Forderung nach einem europäischen Sitz Realität geworden ist. In diesem Fall muss Deutschland den deutschen Sitz im Sicherheitsrat treuhänderisch auch für die anderen EU-Partner wahrnehmen.

Europa muss sich in die Lage versetzen, eigenständig Konfliktfällen vorzubeugen und gegebenenfalls schnell, gemeinsam und flexibel zu reagieren. Primär geht es darum, durch politische Maßnahmen die Menschenrechte zu sichern, Demokratie zu fördern, friedliche Konfliktlösung zu unterstützen und bewaffnete Konflikte zu vermeiden. Militärisches Eingreifen kann immer nur das letzte Mittel sein; die Kultur der militärischen Zurückhaltung wird von der FDP auch im europäischen Rahmen verteidigt.

Als Ausdruck der Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Europa und Nordamerika und als Sicherheitsanker ist die Nordatlan-

tikvertrag-Organisation (NATO) weiterhin unverzichtbar. Um das europäische Gewicht in der NATO weiter zu stärken, muss der Ausbau der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) vorangetrieben werden. Wir begrüßen die Initiative Frankreichs, in die militärische Integration der NATO zurück zu kehren.

Europa hat derzeit in 27 nationalen Streitkräften 2 Millionen Soldaten unter Waffen und gibt dafür ca. 200 Mrd. Euro jährlich aus. Dies führt zu einer gigantischen Verschwendung von Steuermitteln, sowie Mehrfachstrukturen bei der militärischen Organisation, Rüstungsentwicklung und Rüstungsbeschaffung. Liberale wollen diese Zersplitterung überwinden, ohne dabei die Verteidigungsausgaben zu erhöhen oder gar die USA zu kopieren. In einem ersten Schritt müssen Rüstungsentwicklung und Rüstungsbeschaffung deshalb im Rahmen der EU stattfinden; das Ziel gemeinsamer europäischer Streitkräfte unter parlamentarischer Kontrolle muss in nächster Zeit verstärkt verfolgt werden. Der EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte muss rechtsverbindlich werden. Die Bundesregierung muss auf europäischer Ebene neue Initiativen für eine effiziente Abrüstungspolitik und Rüstungskontrolle anstoßen.

Die Europäische Union ist mit ihren 27 Mitgliedstaaten der größte Geber im Rahmen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Ziel liberaler europäischer Entwicklungspolitik ist es, Armutursachen zu bekämpfen und den Menschen zu ermöglichen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften, um ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung zu führen. Dafür müssen die Mittel der Europäischen EZ mit größtmöglicher Effizienz und Transparenz eingesetzt und entsprechende Erfolgskontrollen durchgeführt werden. Zugleich muss es eine klare Aufgabenverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten geben, was die Themen und Länder betrifft.

Wo mehrere Länder vor Ort tätig sind, sollte die EU vor allem koordinierend tätig werden.

Die FDP fordert:

- ein aktives Eintreten der EU für Menschenrechte und Demokratieförderung
- an der Kultur der militärischen Zurückhaltung festzuhalten
- eine Stärkung der europäischen Rolle in internationalen Organisationen durch bessere Koordination der Mitgliedsstaaten
- neue europäische Initiativen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle mit dem Ziel einer weltweiten wesentlichen Reduzierung der Nuklearwaffen aller Atomwaffenmächte und die Beseitigung aller atomaren Kurzstreckenwaffen
- den Aufbau eines Europäischen Auswärtigen Dienstes
- eine klare Zuständigkeitsaufteilung zwischen dem Hohen Beauftragten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, der die EU nach außen vertritt, und dem Präsidenten des Europäischen Rates
- langfristig einen europäischen Sitz als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat
- eine gemeinsame europäische Strategie zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung sowie der internationalen Handelsrouten
- den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im Rahmen der GASP bei gleichzeitiger Verstärkung der Mitwirkungs- und Kontrollrechte des Europäischen Parlaments
- die Etablierung und Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO
- den Aufbau gemeinsamer europäischer Streitkräfte unter gemeinsamem Oberbefehl
- den EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte rechtsverbindlich zu machen

- die Grundsätze einer komplementären, koordinierten und kohärenten europäischen Entwicklungszusammenarbeit einzuhalten
- die enge Verknüpfung europäischer Entwicklungszusammenarbeit mit der Einhaltung der Menschenrechte und Guter Regierungsführung in den Empfängerländern
- das Instrument der Budgethilfe nur unter Einhaltung von klaren Bedingungen einzusetzen
- die Überführung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den EU-Haushalt und damit volle parlamentarische Kontrolle aller Ausgaben für Entwicklung

3. Wie schaffen wir einen modernen EU-Haushalt?

Die Forderung anderer politischer Parteien, die EU brauche mehr Geld, ist falsch. Schon heute hat die EU genügend Eigenmittel, sie werden aber nicht effizient eingesetzt. Immer noch fließt der Großteil der Ausgaben in Agrar- und Strukturfonds. Diese Mittel fehlen für strategische Bereiche europäischer Politik. Das will die FDP ändern. Für Liberale gelten beim EU-Haushalt zwei Maximen: Europäischer Mehrwert und Bürgernähe. Europäischer Mehrwert bedeutet die Konzentration und Beschränkung auf grenzüberschreitende Politikbereiche, in denen gemeinsames europäisches Handeln bessere Ergebnisse liefert. Entscheidungen müssen so bürgernah wie möglich getroffen werden. Nur so kann das Subsidiaritätsprinzip gewahrt werden, dessen strikte Einhaltung wir fordern. Wir Liberale haben bereits in der laufenden Legislaturperiode Vorschläge gemacht, wie ein EU-Haushalt mit Zukunft gestaltet werden kann. Nach den Europawahlen steht die Reform des EU-Haushalts an. Wir werden uns für eine nachhaltige und verantwortungsvolle europäische Haushaltspolitik einsetzen.

Es muss Schluss sein mit dem undurchschaubaren EU-Finanzierungssystem, beschlossen auf nächtlichen Gipfeltreffen, deren Ergebnisse

keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Diese sind zudem voller Rabatte und Koppelgeschäfte und widersprechen den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und -wahrheit. Neben den traditionellen Eigenmitteln der EU (Zölle) soll es nur eine Haupteinnahmequelle geben: Wir fordern eine nachvollziehbare Finanzierung des Haushalts, die die aktuelle Wirtschaftskraft der Mitglieder widerspiegelt. Jeder Mitgliedstaat soll den prozentual gleichen Anteil, jedoch maximal ein Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) aufbringen. Dafür kann auf die extrem intransparenten Mehrwertsteuerabführungen verzichtet werden. Eine EU-Steuer lehnen wir ab. Deshalb hat die FDP in der vergangenen Legislaturperiode gegen jegliche Vorschläge für eine europäische Steuer gestimmt. Statt neuer Steuern ist Sparsamkeit und Umschichten der Ausgaben geboten. Die FDP tritt für die Beibehaltung des EU-Verschuldungsverbots ein. Wir lehnen weitere Belastungen für die deutschen Bürgerinnen und Bürger ab.

Die FDP ist für eine strikte Ausgabenobergrenze im EU-Haushalt. Momentan sind jährlich ca. 80% des EU-Haushalts für Agrar- und Strukturfonds verplant. So fehlt jeglicher Spielraum für neue Politikbereiche.

Die Politik der EU fördert mit Kohäsions- und Strukturfonds den Zusammenhalt und die Entwicklung schwacher Regionen. Diese Politik hat zu einem Subventionswettbewerb geführt, den die FDP beenden will. Zwar stehen wir Liberalen zum vertraglich festgelegten Solidaritätsprinzip in der EU. Jedoch zementiert die gegenwärtige Förderpolitik Geber- und Nehmerstrukturen. Fast alle Staaten und Regionen trachten danach, Subventionierung so lange wie möglich zu verlängern. Das pervertiert den Grundgedanken der Kohäsionspolitik. Deswegen müssen EU-Gelder auf die wirklich bedürftigen Regionen als Hilfe zur Selbsthilfe konzentriert und die Förderfähigkeit zeitlich begrenzt werden. Die FDP ist gegen neue Fördertatbestände und für zwingende

Förderbindung an die Lissabon-Strategie, für mehr Wachstum und Beschäftigung.

In der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) müssen Regulierung und Bürokratie im Interesse der unternehmerischen Freiheit von Landwirten abgebaut und die Direktzahlungen ab der nächsten finanziellen Vorausschau 2014 schrittweise reduziert werden. Der stufenweise Umbau der GAP von einer vollständigen EU-Finanzierung auf nationale Ko-Finanzierung muss europäisches Politikziel werden.

Die FDP fordert volle parlamentarische Beteiligung und Kontrolle beim Haushalt – auf europäischer wie auf mitgliedstaatlicher Ebene. Nach wie vor sind die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament hierbei nicht gleichberechtigt mit den Regierungen der Mitgliedstaaten, was zum Demokratiedefizit auf europäischer Ebene beiträgt. Zudem ist eine lückenlose Offenlegung und Kontrolle der EU-Ausgaben unverzichtbar. Dazu ist eine nationale Zuverlässigkeitserklärung durch die Finanzminister der Mitgliedstaaten für alle verwendeten EU-Gelder vorzulegen.

Die FDP fordert:

- ein gerechtes, einfaches, transparentes, verlässliches und nachhaltiges Einnahmen- und Ausgabensystem der EU
- eine Finanzierung des EU-Haushalts ausschließlich aus zwei Quellen: Traditionelle Eigenmittel (Zölle) und Abführungen auf Grundlage der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten – Anteile am Bruttonationaleinkommen (BNE-Abführungen)
- die Abschaffung der Mehrwertsteuereigenmittel
- den Verzicht auf eine EU-Steuer in jedweder Form
- das Festhalten am Verschuldungsverbot der EU
- die Konzentration der EU-Regionalpolitik auf die wirklich bedürftigen Regionen nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ und Ori-

entierung an der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung

- keine Dauersubventionierungen mehr: degressive Staffelung der Struktur- und Kohäsionsfonds und Begrenzung der Förderfähigkeit auf maximal zwei Förderperioden (14 Jahre) ab 2014
- die Umstellung der gesamten Agrarförderung auf nationale Ko-Finanzierung (50:50) und die stufenweise Reduzierung der Direktzahlungen ab 2014
- die Umschichtung der Ausgaben in Bereiche, in denen auch auf der europäischen Ebene ein echter Mehrwert erzielt werden kann: beispielsweise Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, transeuropäische Netze, Schutz der Außengrenzen, Forschung, Entwicklung von Zukunftstechnologien und grenzüberschreitende Bildung
- die volle Sicherstellung einer lückenlosen und wirksamen Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben der EU
- eine nationale Zuverlässigkeitserklärung der Finanzminister der Mitgliedstaaten für alle verwendeten EU-Gelder
- eine Stärkung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) sowie der Stellung des Präsidenten des Europäischen Rechnungshofes

4. Wie schaffen wir mehr Arbeitsplätze und eine wachsende Wirtschaft?

Grundlage des Wohlstands in Deutschland und Europa ist der unverfälschte Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt, denn nur mit Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum gelingt die nachhaltige Schaffung neuer Arbeitsplätze. Der europäische Binnenmarkt ist mit 27 Mitgliedstaaten und fast 500 Millionen Bürgern zum größten Wirtschaftsraum der Welt angewachsen. Sein Erfolg stützt sich auf die

wirtschaftlichen Freiheitsrechte, die gemeinsame Wettbewerbspolitik und den Euro als Gemeinschaftswährung.

Jeder fünfte Arbeitsplatz in Deutschland hängt am Export. Zwei Drittel der deutschen Exporte gehen in den europäischen Binnenmarkt – deshalb ist Deutschland Exportweltmeister. Damit dies auch so bleibt, muss die Europäische Union weiter konsequent an der Vollendung des Binnenmarktes arbeiten und den Rahmen für einen funktionierenden Wettbewerb bieten.

Für die Verbraucher ist die Marktöffnung wichtiger Wirtschaftsbereiche, die zu sinkenden Preisen, höherer Qualität und mehr Auswahl führt, ein großer Fortschritt. Durch funktionierenden Wettbewerb werden so Innovation und Wachstum, aber auch die Wohlfahrt der Verbraucher gefördert.

Europa benötigt eine starke Energiepolitik, einschließlich einer gemeinsamen Energieaußenpolitik. Die zunehmende Relevanz der Versorgungssicherheit und höhere Energiepreise stellen alle Mitgliedstaaten vor dieselben Herausforderungen. Wir Liberale setzen uns daher für einen integrierten europäischen Ansatz in der Energiepolitik ein. Die FDP fordert, dass die Netze zur Verteilung von Strom und Gas wirtschaftlich unabhängig von der Energieproduktion geführt und verwaltet werden. Nur ein gut funktionierender Energiebinnenmarkt wird die Kosten für Bürger und Unternehmen senken.

Die dramatische Krise auf den internationalen Finanzmärkten und die durch sie hervorgerufenen Verwerfungen sind eine Herausforderung für die liberale Wirtschaftsordnung und verlangen nachhaltiges gemeinschaftliches Handeln innerhalb der EU und Konzertierung darüber hinaus. Staatliche Fehlentscheidungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, sowie eine unzulängliche staatliche Finanzaufsicht und

das offensichtliche Versagen einiger Banken rufen nicht nach einem neuen Wirtschafts-, vielmehr nach einem reformierten Finanzsystem.

Für uns Liberale ist die Stabilität des Euros ein Garant für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands und Europas. Ohne den Euro hätte sich die Finanzkrise in Europa noch sehr viel schlimmer niedergeschlagen, denn es wäre durch Währungskurspekulation in einigen Ländern noch eine Währungskrise zur Finanzkrise hinzugekommen. Wir stehen daher mit Nachdruck für eine einheitliche EU-weite Bankenaufsicht, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) anzusiedeln ist. Wir werden uns gegen jeden Angriff wenden, der die Unabhängigkeit der EZB in Frage stellt.

Der Abbau überbordender Bürokratie ist – auch dank der FDP – in den Mittelpunkt europäischer Politik gerückt. Was über Jahrzehnte gewuchert ist, muss zurechtgestutzt werden. Hiervon profitieren besonders der Mittelstand, Selbständige und Freie Berufe. Als Rückgrat unserer Gesellschaft müssen sie in der Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und nicht durch komplizierte und überflüssige Regeln belastet werden.

Mit Sorge beobachtet die FDP Versuche, Europas freiheitliche Marktwirtschaft einzuengen. Wir wissen: In funktionierenden Märkten gefährden staatliche Interventionen die Vorteile für Wirtschaft und Verbraucher. Staatliches Eingreifen muss sich daher auf Fälle von Marktversagen beschränken. Pläne einer europäischen „Wirtschaftsregierung“ mit Verstaatlichung ganzer Branchen lehnen wir strikt ab.

Kernaufgabe der EU ist es, die Funktionsfähigkeit des Marktes durch ein Mindestmaß an Gesetzgebung sicherzustellen, die dem Bürger verständlich ist und unsere Wirtschaft nicht belastet. Ziel ist es, nicht mehr, sondern weniger und bessere Rechtsetzung in Europa zu schaffen. EU-Gesetze erreichen nur bei konsequenter Umsetzung durch

Mitgliedstaaten ihr Ziel: z. B. auf dem Strom- und Gasmarkt Monopolstrukturen aufzubrechen, in der Telekommunikation und im Verkehr mehr Wettbewerb zu schaffen und damit Preise zu senken. Die FDP setzt sich daher für die konsequente Vereinfachung und Umsetzung bestehender Gesetze ein.

Die FDP fordert:

- die Vollendung des Binnenmarkts für das 21. Jahrhundert
- ein klares Bekenntnis zum freien und unverfälschten Wettbewerb in der EU: Wettbewerb schafft Wohlstand
- weitere Liberalisierung der Märkte und Abbau noch bestehender Beschränkungen
- weitere Liberalisierung des Dienstleistungssektors
- weniger Regulierung, mehr Wettbewerbssicherung
- Wettbewerb in der Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik
- eine konsolidierte Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage
- eine unabhängige Geldpolitik und uneingeschränktes Festhalten an der Verpflichtung der EZB auf Preisstabilität
- eine einheitliche EU-weite Bankenaufsicht, die bei der EZB anzusiedeln ist
- eine deutlich verstärkte und effektivere Zusammenarbeit der nationalen Finanzaufsichten im globalen Rahmen
- verbesserte Vorschriften für Banken in den Bereichen Risikobewertung, Eigenkapitalausstattung, Bilanzierung
- die Stärkung des Internationalen Währungsfonds und der Banken für Internationalen Zahlungsausgleich
- ein robustes und krisensicheres Finanzmarktsystem
- gleichartige Umsetzung von EU-Recht in der gesamten EU
- volle Ausschöpfung des im elektronischen Handel enthaltenen Potentials (B2C, C2C) in der EU
- anwenderfreundliche Gestaltung des Vergaberechts

- europäische Regelungen zur Energieversorgungssicherheit, z. B. durch den Bau der Nabucco-Pipeline
- europäische Märkte für Gas und Strom mit echtem Wettbewerb

5. Bildung, Kultur und Kreativität: Wie Europas Vielfalt stärken und weiterentwickeln?

2009 ist das „Europäische Jahr der Kreativität und Innovation“. Kulturelle Vielfalt und Kreativität sind der Nährboden des europäischen Zusammenwachsens. Einheit in Vielfalt war und bleibt die liberale Leitvision für Europa. Kulturelle Vielfalt prägt das Leben der Menschen in Europa. Deshalb darf die EU nicht die Zuständigkeit für Bildungspolitik bekommen: Das Subsidiaritätsprinzip ist einzuhalten. Kultur ist ohne Freiheit nicht denkbar. Kultur und Bildung sind eng miteinander verwoben.

Bildung ist von jeher der Schlüssel zur Freiheit und zum gesellschaftlichen Aufstieg. Wir brauchen ein flexibles und leistungsfähiges, intelligent organisiertes Bildungssystem. In Europa können wir von guten Beispielen und erfolgreichen Modellen lernen, z. B. die Möglichkeit zu schaffen, dass Kinder früher spielerisch Fremdsprachen erlernen. Hierbei könnten die Europaschulen Modellcharakter für Ballungsräume haben.

Sprache ist das entscheidende Instrument für die Vermittlung von Bildung und Kultur. Die Fähigkeit, sich über die Kenntnis der Muttersprache hinaus in weiteren Sprachen der Europäischen Union verständigen zu können, ist daher eine wichtige Voraussetzung für das weitere Zusammenwachsen innerhalb der europäischen Nationen. Nur auf diesem Weg lässt sich ein gemeinsames europäisches Bewusstsein fördern. Der Mehrsprachigkeit und der Anhebung der Sprachkompetenz müssen daher besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dabei

sind die Regierungen gefragt, Programme zu initiieren, damit jeder die Möglichkeit hat, Fremdsprachen zu erlernen. Sprachpolitik ist daher ein zentraler Aspekt europäischer Kulturpolitik. Englisch ist die Hauptverkehrssprache in der Welt. Exzellente Kenntnisse in Englisch sollten daher zentraler Baustein jeglicher Bildungspolitik in Europa sein. Darüber hinaus sollte die Mehrsprachigkeit auch weitere europäische Sprachen umfassen, zuvorderst die Sprache des jeweiligen Nachbarn.

Die FDP will, dass die Stellung der deutschen Sprache in den Institutionen der Europäischen Union stärker berücksichtigt wird. Deutsch wird am häufigsten als Muttersprache in Europa gesprochen. Deshalb muss die deutsche Sprache als Amts- und Arbeitssprache innerhalb der EU-Institutionen nachhaltiger gefördert werden.

Kreativität ist die treibende Kraft wirtschaftlichen Wachstums und des Wohlstands eines jeden Einzelnen. Kreativität ist ein Grundelement der menschlichen Existenz. Jeder Mensch ist kreativ und besitzt kreatives Potential. Kreativität ist vor allem ein breit angelegter sozialer Prozess, der Zusammenarbeit erfordert. Diese Zusammenarbeit wird stimuliert durch menschlichen Austausch und durch Netzwerke.

Wirtschaftswachstum und -entwicklung gründen sich auf Technologie, Talente und Toleranz. Technologie ist zentraler Bestandteil wirtschaftlichen Fortschritts. Talente, also gut ausgebildete und gebildete Menschen, sind die wichtigsten Triebkräfte wirtschaftlicher Entwicklung. Toleranz beeinflusst auf einschneidende Weise die Fähigkeit von Nationen oder Regionen, ihre eigenen kreativen Kapazitäten zu nutzen und im Wettbewerb um kreative Talente erfolgreich zu sein. Offensichtlich ist: Je toleranter und offener eine Nation oder Region ist, desto mehr Talente kann sie mobilisieren oder anziehen.

Deshalb müssen wir unsere Strategien, Talente anzuziehen und zu halten, grundlegend ändern. Wir müssen den Menschen helfen, ihre grundlegenden kreativen Fähigkeiten zu verstärken. Die EU muss sich dauerhaft dem Leitbild der Kreativität verschreiben. Dabei können wir von den Besten lernen, z. B. Finnland und Schweden.

Deshalb fordert die FDP Austauschprogramme für den Bereich des lebenslangen Lernens, wie sie die EU in ähnlichen Bereichen bereits hat.

Die FDP fordert:

- die zusätzliche Förderung von COMENIUS (Schulbildung), ERASMUS (Hochschulbildung), LEONARDO DA VINCI (Berufliche Bildung) und GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung)
- Ausbau oder wo nötig Wiederbelebung von Städtepartnerschaften
- die Initiierung von Maßnahmen zur Sprachförderung, so dass langfristig alle Bürger neben ihrer Muttersprache und Englisch als wichtiger Verkehrssprache über praktische Kenntnisse einer weiteren Sprache verfügen
- Maßnahmen zur Förderung der deutschen Sprache in den Mitgliedstaaten und als Amts- und Arbeitssprache in den EU-Institutionen
- systematische Förderung des Fremdsprachenlernens für Kinder im spielerischen Kontext
- Steigerung der Internationalität in der Ausbildung durch Kooperation, Austausch und Anrechenbarkeit von Kompetenzerwerb
- eine reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Teilleistungen im Rahmen von Auslandsstudien
- eine einheitliche europäische Kulturstatistik, auf der Grundlage der europäischen Wirtschaftszweige-Klassifikation zu entwickeln, um darauf aufbauend Förderinstrumente und Infrastruk-

turmaßnahmen für die Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft zu erarbeiten

- die Einführung von Finanzierungsinstrumenten, die die spezifische Situation der Kultur- und Kreativwirtschaft mit einer oft geringen Kapitalausstattung berücksichtigt

6. Wie kann Europa in Forschung und Innovation wieder zur Weltspitze gehören?

In einer globalisierten Welt wird das Wissen immer mehr zum entscheidenden Rohstoff. Eine leistungsfähige und freie Forschung ist die Voraussetzung für eine innovationsfähige Gesellschaft. Diese ist Bedingung für neue, marktfähige Produkte und hochwertige Arbeitsplätze. In einer globalisierten Welt stehen Europa und Deutschland im Wettbewerb um die besten Köpfe, knappe finanzielle Ressourcen und die attraktivsten Rahmenbedingungen. Europa ist ein Standort des Wissens, Europa hat auch eine blühende Forschungslandschaft und besonders Deutschland liegt bei der Anmeldung von Patenten immer noch weit vorne. Doch das große Problem ist: Das Umwandeln des Wissens in Produkte. Ob der Video-Rekorder, das Fax-Gerät oder das MP3-Format: Allesamt in Deutschland erfunden, doch keine dieser Innovationen ist in Deutschland in Produktion gegangen.

Uns bieten sich in Europa jedoch neue Chancen. Mit der Einrichtung des EIT, des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie, haben wir einen großen Schritt der Umstrukturierung getan. Es werden Mittel für diese Einrichtung aus dem Landwirtschaftshaushalt kommen. Im Nachhinein ist dies die klare Durchsetzung einer alten FDP-Position: EU-Gelder sollen die Zukunft gestalten und nicht die Vergangenheit verlängern.

Die Rahmenbedingungen für Forschung in Europa sind nicht optimal. Bürokratische Hindernisse, finanzielle Engpässe und ideologische Hemmnisse erschweren Forschern ihre Arbeit und treiben Wissenschaftler in Länder, in denen sie besser und freier arbeiten können. Wir brauchen eine Forschungsfreiheitsinitiative.

Daher war es auch so wichtig, die Weichen für das weltgrößte Forschungsrahmenprogramm richtig zu stellen. Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm mit einer Laufzeit von sieben Jahren ist immerhin mit 52 Milliarden Euro ausgestattet.

Nach wie vor gilt es, das Ziel der so genannten „Lissabon-Strategie“ zu erreichen und Europa zur dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsregion der Welt zu machen. Alle hierfür notwendigen forschungs- und technologiepolitischen Aktivitäten müssen heute neu definiert und auf das Europa der 27 ausgerichtet werden. Auch wenn absehbar ist, dass Europa im Jahre 2010 nicht 3% des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung einsetzen wird, so gilt es einen neuen Zeithorizont abzustecken. In diesem Prozess muss Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen und 2010 die 3-Prozent-Zielmarke erreichen.

Das bisher angewandte Subsidiaritätsprinzip, wonach jeder Mitgliedstaat eigene Akzente setzen kann, darf auch im Forschungsbereich nicht angetastet werden. Die FDP lehnt Denkblockaden und ideologische Fixierung auf bestimmte Technologien ab. Fusionsforschung, kerntechnische Sicherheitsforschung, Stammzellenforschung und Grüne Gentechnik, Biotechnologie und Nanotechnologie dürfen nicht stigmatisiert, sondern müssen in wettbewerblichen Verfahren unter transparenten Rahmenbedingungen gefördert werden.

Forscher wollen forschen. Sie wollen auch bei europäischen Forschungsprojekten nicht mit überbordender EU-Bürokratie die Zeit vergeuden. Wir Liberale fordern, den Verwaltungsaufwand beim Beantragen der Forschungsmittel klar zu reduzieren, damit auch kleine und mittelständische Unternehmen eine Möglichkeit haben, in den Genuss dieser Mittel zu kommen.

Forschungseinrichtungen sollen die Möglichkeit erhalten, sich an ausgegründeten Unternehmen so zu beteiligen, wie es für sie wirtschaftlich vernünftig ist. An solchen erfolgreichen Unternehmen, die der Forschungseinrichtung Rückflüsse bringen, soll auch eine dauerhafte Beteiligung möglich sein.

Beste Forschung braucht einen effektiven Schutz geistigen Eigentums. Ein europäisches Patent- und Urheberrecht muss für echten Schutz gegenüber globalen Produktpiraten sorgen.

Die FDP fordert:

- eine Strategie für innovationsfreundliche „Lead Markets“
- weiteren Bürokratieabbau im 7. Forschungsrahmenprogramm
- besser geschützte Rechte am geistigen Eigentum und die Schaffung eines europäischen Patentes mit Erleichterungen, insbesondere für Mittelständler
- die Gestaltung eines gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkts für Forscher
- den schnellen Aufbau des EIT mit den Innovationsschwerpunkten Energiesubstitution und Energieeffizienz
- die Förderung regionaler Innovationstätigkeit durch neue Programme für die Kohäsionspolitik
- überarbeitete Regeln über staatliche Beihilfen für Forschung und Entwicklung (FuE) sowie Innovation, zudem bessere Leitlinien für FuE-Steueranreize

7. Soziales Europa – Was soll Europa leisten?

Die FDP will ein soziales Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage. Ziel liberaler Sozialpolitik ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger Chancen ergreifen und ihr Leben frei und eigenverantwortlich gestalten können. Die Menschen in Europa sollen selbst bestimmen, wie und wo sie leben und arbeiten möchten. Dafür brauchen sie passende Rahmenbedingungen. Demografischer Wandel und wachsende Konkurrenz aus Schwellenländern erfordern nachhaltige Reformen in allen Mitgliedsstaaten. Die FDP will, dass soziale Reformen in alleiniger Verantwortung der Mitgliedstaaten verbleiben. Sozialpolitik darf niemals vereinheitlichen, sie muss nah am Bürger gestaltet sein, um ihre volle Wirkung entfalten zu können.

Im globalen Vergleich sprechen wir häufig von dem „europäischen Gesellschafts- und Sozialmodell“, das sich auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft stützt. Wir müssen aber bedenken, dass sich unter dem Dach der EU 27 Systeme zusammenfinden, die auf verschiedensten Traditionen und Lebenswirklichkeiten basieren. Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderungen lassen sich nicht leicht vergleichen. Wir brauchen daher maßgeschneiderte Konzepte, die unterschiedliche Realitäten innerhalb der EU widerspiegeln. Das heißt nicht, dass wir nur auf uns selber schauen sollen.

Es zeigt sich, dass andere Mitgliedstaaten politische Instrumente erfolgreicher einsetzen. Wir müssen voneinander lernen, und genau darin sehen wir Europas Aufgabe. Die Europäische Union ist Plattform für Austausch und Vergleich. So können bewährte Praktiken ermittelt und der Wettbewerb der Systeme sinnvoll genutzt werden. Ein besonderes Augenmerk sollte im Rahmen des Austauschs von Best Practices auf der Schaffung einer familienfreundlichen Arbeitswelt liegen. Die FDP will, dass die EU im sozialpolitischen Bereich nur bei grenzüberschrei-

tenden Fragen selbst tätig wird. Wichtig sind Anstrengungen hinsichtlich der Förderung der Arbeitnehmermobilität durch soziale Absicherung und medizinische Versorgung bei einem längeren Aufenthalt im Ausland aus beruflichen oder anderen Gründen. Außerdem wünschen wir uns zukunftsgerichtete Maßnahmen zur Förderung der Bildung und Innovation, um gerade für die nachkommenden Generationen beste Voraussetzungen zu schaffen. Ziel sind offene und flexible Märkte, keine fortschrittsfeindlichen Subventionen mit rein protektionistischer Wirkung.

In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Anforderungen an Europa drastisch gewandelt. Die Globalisierung und der demografische Wandel stellen unsere Volkswirtschaften vor neue Herausforderungen. Wir müssen jetzt die richtigen Reformen durchführen, um unsere Ausgangsposition zu verbessern und um von den Chancen der Globalisierung profitieren zu können. Denn was Arbeit schafft, ist auch sozial. Aufgabe der Europäischen Union ist es, darüber zu wachen, dass bisher erreichte Standards nicht wieder verwässert werden.

Sozialpolitik auf europäischer Ebene stärker zu zentralisieren, ist der falsche Weg, den Bürgern die Vorteile Europas zu vermitteln. Denn nicht alles, was aus Europa kommt, nützt dem Bürger, wie die Ausweitung der EU-Antidiskriminierungsvorschriften zeigt. So führt die rechtstaatlich problematische Beweislastumkehr in der Richtlinie zu mehr Unsicherheit und Unaufrichtigkeit. Die Tatsache, dass nun Beschuldigungen ohne ausreichende Beweise vorgetragen werden, bringt auch unbescholtene Bürger leicht in Erklärungsnot. Wirkungsvoller wäre es, wenn sich die EU durch Unterstützung von Vielfalt und Toleranz fördernden Projekten aus der Zivilgesellschaft und durch eine aktive Bekämpfung staatlicher Diskriminierung für betroffene Bürger einsetzt. Ein mehr an bürokratischer Regulierung hilft nicht, das Vertrauen in die EU zu stärken. Gut gemeinte Verbesserungsvorschläge auf EU-

Ebene führen gerade in der Sozialpolitik schnell zu Bevormundung und Gleichmacherei, die an den individuellen Bedürfnissen der Bürger vorbei gehen.

Europa wird die Herausforderung des demografischen Wandels nur bewältigen, wenn es gelingt, die Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft entschieden besser zu nutzen als bisher. Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft älterer Menschen zu aktivieren ist nur möglich durch Erhaltung und Erweiterung ihrer gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten. Die EU-Programme zum lebenslangen Lernen sowie die Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds sind entsprechend auszurichten.

Die FDP fordert:

- ein soziales Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage
- Sozialpolitik nah am Menschen
- die Verantwortung für soziale Reformen bei den Mitgliedstaaten
- einen fairen Wettbewerb der Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme
- gegenseitiges voneinander Lernen innerhalb der Europäischen Union
- Programme zur europaweiten Förderung von Projekten, die zu Vielfalt und Toleranz beitragen
- Innovations- und Bildungsförderung statt strukturerhaltender Subventionen
- Umwidmung des Globalisierungsfonds zu Mitteln für Forschung und Entwicklung

8. Welche Zukunft für die Gemeinsame Agrarpolitik?

Der starke Anstieg der Nahrungsmittelpreise im Jahr 2008 zeigt deutlich, dass in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten notwendige Investitionen in die Landwirtschaft unterblieben sind und Reformen hin

zu einer leistungsfähigen und unternehmerischen Landwirtschaft nicht energisch genug angegangen wurden. Dabei sollte die ländliche Entwicklung nicht als Teil einer Wirtschaftsstruktur betrachtet werden, von der sich die Industriegesellschaft allmählich verabschiedet, sondern als elementar für die zukünftige Nahrungsmittel- und Energieversorgung in der Welt. Deutschland und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, mit ihren vorzüglichen agrarischen Standortfaktoren, stehen vor einer Renaissance des ländlichen Raumes.

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) hat sich in den Jahren seit der Reform von 2003 grundlegend gewandelt. Mit der teilweisen Umsetzung des FDP-Modells einer Kulturlandschaftsprämie sind wichtige Voraussetzungen für eine leistungsfähige, effiziente und unternehmerische Landwirtschaft geschaffen worden. Nach der Halbzeitüberprüfung der GAP-Reform („Gesundheitscheck“) muss diese erfolgreiche Politik fortgesetzt werden. Durch weitere marktwirtschaftliche Reformen, Vereinfachung und Entbürokratisierung müssen Land- und Ernährungswirtschaft sowie die ländlichen Räume nachhaltig gestärkt werden.

Liberale Grundprinzipien für eine zukunftsweisende europäische Landwirtschaft orientieren sich am Leitbild des unternehmerischen, eigenverantwortlichen Landwirts. Die Potentiale des kompletten Spektrums von moderner „Hightech-Landwirtschaft“ bis zum ökologischen Landbau müssen genutzt werden. Unsere Landwirte kennen Standortfaktoren und Produktionstechnologien selbst am besten. Gesetzliche Regulierungen dürfen deshalb nicht die Land- und Forstwirtschaft belasten, sondern müssen verhältnismäßig sein und sie im Wettbewerb stärken. Der moderne Landwirt muss in die Lage versetzt werden, die Chancen des Marktes zu nutzen und darf nicht durch einen überbordenden Verwaltungsaufwand daran gehindert werden. Nur dann werden sich effiziente landwirtschaftliche Produktionsverfahren,

basierend auf einer leistungsfähigen Agrarforschung, auf nationaler und internationaler Ebene durchsetzen und helfen, die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Nicht zuletzt die am meisten von Hunger und Armut betroffenen Schwellen- und Entwicklungsländer könnten von einem systematischen Wissenstransfer profitieren. Dazu sollte auch die verantwortbare Nutzung der Grünen Gentechnik gehören, da sie Umweltbelastungen vermindert, die Ernährungssicherung und die Qualität von Nahrungsmitteln verbessert, sowie Pflanzen für die industrielle Nutzung als nachwachsender Rohstoff optimieren kann. Schließlich ist ein Abschluss der WTO-Welthandelsrunde im Interesse der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft sowie der Entwicklungsländer.

Die Lebensmittelproduktion für den heimischen Verbrauch in Deutschland und der EU bleibt weiterhin die vorrangige Aufgabe der Landwirtschaft. Sie hat außerdem in großem Maße Bedeutung im Klima- und Landschaftsschutz. Die Förderung der energetischen Nutzung von Biomasse sowohl im Strom/Wärmebereich wie bei den Biokraftstoffen dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der Nahrungs- und Futtermittelproduktion nicht beeinträchtigen und nicht zu einer Flächenkonkurrenz führen. Nachwachsende Rohstoffe, z. B. Holz aus Kurzumtriebsplantagen, und organische Reststoffe können in vielfältiger Form zur Energiegewinnung eingesetzt werden. Wie bei der landwirtschaftlichen Produktion zu Ernährungszwecken sind auch hier die Nachhaltigkeit der Produktion und eine größtmögliche Effizienz im Sinne des Klimaschutzes zu gewährleisten. Im Rahmen der gegenwärtigen Diskussion um Biokraftstoffe setzt sich die FDP für eine sachliche Herangehensweise ein. Die von der Bundesregierung eingeführte Zwangsbeimischung beeinflusst besonders die Lebensmittelindustrie negativ. Die bisher praktizierte unzuverlässige Steuerpolitik/Förderpolitik schadet sowohl der heimischen Landwirtschaft, als auch der

nachgelagerten Biokraftstoffbranche. Deshalb befürworten wir nur eine zeitlich befristete Steuerbefreiung von Biokraftstoffen.

Die FDP fordert:

- weitere marktwirtschaftliche Reformen sowie eine Stärkung der Eigentumsrechte landwirtschaftlicher Unternehmer
- eine Ausrichtung der GAP an den Kriterien der Nachhaltigkeit der Produktion und der größtmöglichen Effizienz im Sinne des Klimaschutzes
- eine Sicherung der Direktzahlungen der ersten Säule bis 2013 aus Gründen der Planungssicherheit und Verlässlichkeit
- einen umfassenden Bürokratieabbau und eine deutliche Vereinfachung, insbesondere im Bereich der Cross-Compliance
- eine 1:1-Umsetzung der europäischen Richtlinien anstelle nationalen Draufsatteln und besonders scharfer nationaler Auslegung
- den Ausstieg aus der Milchquote zum 31. März 2015, inkl. adäquater Maßnahmen zur Vorbereitung des Ausstiegs
- die Abschaffung von nicht fachgerecht begründeten Innovationsblockaden im Umgang mit der Grünen Gentechnik
- den Ausstieg aus den Exportsubventionen und aus produktabhängigen Stützungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik
- die vollständige Umsetzung des FDP-Modells der Kulturlandschaftsprämie

9. Wie soll die EU die Verbraucher schützen?

Verbraucherschutz findet heute nicht mehr nur national statt, sondern zunehmend im europäischen Rahmen. Wir Liberale setzen uns für ein hohes Verbraucherschutzniveau in Europa ein. Ziel ist es, die Gesundheit und den Schutz der Verbraucher beim Kauf von Produkten ebenso im Blick zu haben, wie den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr.

Das liberale Verbraucherbild ist geprägt vom Gedanken des mündigen und eigenverantwortlichen Marktteilnehmers. Dieses Leitbild bedeutet, dass wir den Verbrauchern etwas zutrauen und ihnen ihren Entscheidungsspielraum lassen.

Verbraucher haben nicht nur den Wunsch nach sicheren Produkten, sondern auch nach transparenten und fairen Bedingungen auf den Märkten. Wir wollen die Menschen im Markt stärken, so dass sie klug und selbstbewusst entscheiden können. Was sie dazu brauchen, sind unabhängige Informationen, Bildung und Beratung.

Die FDP will daher die Arbeit der Verbraucherzentralen und auch des Europäischen Ombudsmanns stärken, damit sie den steigenden Beratungsbedürfnissen nachhaltig gerecht werden können.

In der EU werden wir uns für die Vereinheitlichung der europäischen Standards in bestimmten Kernbereichen einsetzen, damit Verbraucher und Unternehmen Rechtssicherheit auch dann haben, wenn Produkte und Dienstleistungen aus anderen Ländern des Binnenmarktes genutzt werden.

Die FDP fordert:

- eine Verbraucherpolitik, die von einem mündigen Bürger ausgeht
- die Stärkung der Verbraucherinformation und Verbraucherbildung
- funktionierenden Verbraucherschutz im Binnenmarkt
- eine Vereinheitlichung der europäischen Verbraucherschutzvorschriften in den Kernbereichen (Fristen, Widerrufsrechte, Belehrungspflichten)
- Verzicht auf weitere Werbeverbote
- die Arbeit der Verbraucherzentralen zu stärken
- Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher bei unerlaubter Telefonwerbung

10. Wie soll der europäische Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts aussehen?

Die europäische Einigung stellt die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten vor zwei Herausforderungen: Zum einen müssen sie die Sicherheit ihrer Bürger auch bei offenen Grenzen weiterhin gewährleisten. Zum anderen müssen sie sicherstellen, dass die Bürger ihre Rechte auch grenzüberschreitend effektiv durchsetzen können. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit der Polizeien, Staatsanwaltschaften und Gerichte.

Hierzu ist in den vergangenen Jahren eine Vielzahl europäischer Rechtsinstrumente geschaffen worden: Wer zur Durchsetzung seiner Rechte auf die Gerichte angewiesen ist, hat damit klare Vorgaben, welches Land für den Rechtsstreit zuständig ist. Es gibt einheitliche Regeln, nach welcher mitgliedstaatlichen Rechtsordnung der Streit gelöst wird. Und es wird sichergestellt, dass die ergangenen Urteile in jedem anderen Mitgliedstaat anerkannt und vollstreckt werden. Ebenso wurde im Bereich der Strafverfolgung die Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten vertieft. Zusätzlich wurden auf europäischer Ebene Strafvorschriften, insbesondere im Bereich der Terrorismusbekämpfung, erlassen.

So sehr Liberale diese engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in der Europäischen Union begrüßen und unterstützen, so unerlässlich ist es für uns, dass dabei die Grundrechte der Bürger geschützt werden. Überall dort, wo öffentliche Gewalt ausgeübt wird – durch die Staaten oder durch europäische Stellen – sind sie ohne Unterschied unverzichtbar, um die Freiheit, Individualität, Persönlichkeit und Würde jedes einzelnen Menschen zu schützen.

Gerade im Bereich der europäischen Innen- und Justizpolitik ist hier erhöhte Wachsamkeit geboten. Europa schadet sich selber, wenn es mit der bedenkenlosen Einführung immer neuer Strafvorschriften und der anlass- und verdachtsunabhängigen Speicherung unseres Kommunikationsverhaltens und zahlreicher weiterer höchstpersönlicher Daten, wie z. B. zur politischen Betätigung, gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, sexuellen Orientierung oder zu religiösen Ansichten, identifiziert wird.

Die FDP fordert:

- die bedingungslose Verbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta in allen EU-Mitgliedstaaten
- den durch den Vertrag von Lissabon vorgesehenen Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) schnellstmöglich zu vollziehen
- die verbindliche Festschreibung europaweiter Mindeststandards für Beschuldigte in Strafverfahren, mindestens auf dem Niveau der Europäischen Menschenrechtskonvention
- in allen europäischen Rechtsgebieten einen wirksamen Datenschutz
- die Rücknahme der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung und die Überarbeitung des Fluggastdaten-Abkommens mit den USA, sowie Verzicht auf eine Fluggastdatensammlung für innereuropäische Flüge
- die Sicherung der Grundrechte und der rechtsstaatlichen Grundsätze bei der Aufnahme in alle von der EU geführten Listen zur Sanktionierung von Personen und Organisationen zur Terrorismusbekämpfung
- größere Zurückhaltung bei strafrechtlichen Sanktionen als schärfstes Mittel zur wirksamen Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts
- Stärkung des ordrepública-Vorbehalts

- das Recht der Streitparteien, bei allen Rechtsinstrumenten des Internationalen Privatrechts – auch im Familienrecht – das international zuständige Gericht und das anzuwendende Recht selbst zu wählen
- die Entwicklung eines umfassenden europäischen Konzepts gegen den Menschenhandel
- einen effektiven gemeinsamen europäischen Grenzschutz unter strikter Einhaltung des Datenschutzes, der EMRK sowie des Völkerrechts
- die Entwicklung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik unter Wahrung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten mit dem Ziel, das Recht auf Asyl in allen Staaten der EU zu gewährleisten und eine Inanspruchnahme auch tatsächlich zu ermöglichen
- die Stärkung der demokratischen Komponente der europäischen Innen- und Justizpolitik durch den Ausbau der Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente
- die verstärkte Nutzung von befristeten Rechtsakten und Evaluierungsmechanismen in der EU-Gesetzgebung
- die institutionelle Absicherung des Grundrechtsschutzes durch die Trennung von Innen- und Justizpolitik in der EU-Kommission mit einem eigenen EU-Justiz- und Grundrechtekommissar
- die volle gerichtliche Überprüfbarkeit aller gesetzgeberischen Maßnahmen der EU durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu garantieren

11. Wie gestalten wir das Miteinander von Mensch und Natur?

Die EU hat hohe Umweltstandards und Rechtsgrundlagen zu deren Durchsetzung in allen EU-Mitgliedstaaten geschaffen. Dies zählen die Liberalen zu den größten Errungenschaften der EU. Allerdings gibt es hier ein großes Vollzugsdefizit: In keinem anderen Politikbereich sind mehr Nichtumsetzungsverfahren anhängig. Deshalb muss die EU Verstöße konsequenter verfolgen und zugleich die Regelungsdichte merklich verringern.

In der vergangenen Legislaturperiode waren die Liberalen erfolgreich: Im Chemikalienrecht konnte erreicht werden, dass die Kontrollbürokratie für kleinere und mittelständische Betriebe zumutbar bleibt. Die ab 2010 geltende neue Luftqualitätsrichtlinie trägt eine liberale Handschrift: Die Kommunen erhalten mehr Entscheidungsfreiheiten. Statt der kurzsichtigen Betrachtung von Tagesgrenzwerten für Feinstaub wechselt der Fokus auf Jahresmittelwerte; nicht vom Menschen verursachte Einflüsse finden zukünftig Berücksichtigung. In vielen weiteren Gesetzgebungsverfahren konnten die Liberalen Akzente setzen für eine Politik der Anreize statt Verbote, für Subsidiarität und Bürokratieabbau.

Liberale Umweltpolitik definiert Ziele; die Wahl der Instrumente zu deren Erreichung überlässt sie dem Wettbewerb um die besten Ideen. Die FDP will eine europäische Umweltpolitik mit mehr Markt und Eigenverantwortung. Staatliches Ordnungsrecht kann nur letztes Mittel sein. Es darf keine Politik der Symbolmaßnahmen geben. Diffuse Ängste akzeptieren Liberale nicht als politische Ratgeber. Nur Fakten über tatsächliche Gefährdungen sowie den realen Nutzen von Maßnahmen sind die Grundlagen liberaler Umweltpolitik.

In der Abfallpolitik fordert die FDP eine dreistufige Abfallhierarchie, d.h. Abfallvermeidung vor Verwertung vor Beseitigung. Grundsätzlich müssen alle Formen der Verwertung als gleichwertige Optionen betrachtet werden: Ob stoffliche oder energetische Verwertung erfordert eine ökologische Einzelfallbetrachtung. Bei der Umsatzsteuer für Abfall und Abwasser sollen private und öffentliche Entsorger gleichgestellt werden. Es soll der ermäßigte Umsatzsteuersatz zur Anwendung kommen können.

Die zum Teil missbräuchlich genutzten Spielräume der Mitgliedstaaten bei Emissionsgrenzwerten für Industrieanlagen müssen abgeschafft werden. Die FDP unterstützt einheitliche europäische Standards für deren Genehmigung und Betrieb durch eine Revision der Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie).

Die FDP fordert eine europaweite Regelung zur Einführung lärmabhängiger Trassenpreise, damit lärmärmere Schienenfahrzeuge in der EU eingesetzt werden. Die bestehenden Grenzwerte für Reifengeräusche (EU-Reifenrichtlinie) müssen verschärft werden.

Im Schiffsverkehr müssen die Luftverunreinigungen durch Schwefel- und Stickstoffemissionen gesenkt werden. Neben einer Verschärfung von Grenzwerten muss vor allem eine flächendeckende landseitige Stromversorgung der Schiffe während der Liegezeiten in Häfen aufgebaut werden. Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie muss durch eine länderübergreifende Zusammenarbeit besser umgesetzt werden.

Die illegale Fischerei muss wirksam bekämpft werden. Zugleich sollte auch bei der Ausgestaltung der EU-Fischereiabkommen die nachhaltige Fischerei stärker berücksichtigt werden. Ein Verbot der Grundschleppnetz-Fischerei wird von den Liberalen unterstützt. Zusätzlich

muss die Industriefischerei durch die Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussgebieten eingedämmt werden.

Biologische Vielfalt ist Grundlage für eine langfristige stabile Erhaltung der Biosphäre und damit für das menschliche Überleben. Das Verschwinden einer Art ist die einzige Form von Umweltzerstörung, die der Mensch nicht rückgängig machen kann. Beim Schutz der Biodiversität gilt für die FDP das Vorsorgeprinzip (Erfassen, Erhalten, Alternativen abwägen, Beschränken, Ausgleichen). Die FDP fordert, dass ein Prozess zur forcierten Forschung und Bestandsaufnahme zur biologischen Vielfalt sowie Definition klarer Zielsetzungen einer Politik für Biodiversität initiiert wird. Das Verursacherprinzip soll für die „Reparatur“ zerstörender Eingriffe maßgeblich sein.

Die FDP fordert:

- die Artenvielfalt durch wirksamen Naturschutz zu sichern
- den nicht-nachhaltigen Fischfang zu stoppen
- den Lärmschutz auf der Schiene durch lärmabhängige Trassenpreise zu verbessern
- den Schiffsverkehr umweltfreundlicher zu machen
- kein Umweltdumping in der EU bei Industrieanlagen
- die energetische Verwertung von Abfällen nicht zu diskriminieren
- einen ermäßigten Umsatzsteuersatz für Abwasser und Abfall sowohl für öffentliche als auch private Anbieter

12. Wie verbinden wir Klimaschutz mit bezahlbarer Energie?

Die Liberalen haben sich besonders dafür eingesetzt, Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit in einem nachhaltigen Energieprogramm zu verknüpfen.

Die FDP unterstützt das Ziel beim Klimaschutz, als ersten Schritt bis 2020 die Treibhausgase um 20% gegenüber 1990 zu reduzieren. Für die Auswahl der Instrumente muss aus Sicht der FDP gelten: Angesichts eines Anteils der EU von 16% der globalen Kohlendioxidemissionen helfen Insellösungen dann nicht, wenn sie ausschließlich zu Produktionsverlagerungen führen. Die Effizienz jeder Maßnahme zur CO₂-Reduktion muss über ihre Einführung entscheiden, nicht ihr Symbolwert: Wir wollen Treibhausgase so kostengünstig wie möglich vermeiden.

Die FDP fordert von der Europäischen Union, sich für verbindliche, ambitionierte und weltweite Klimaschutzziele im Rahmen eines Post-Kyoto-Abkommens einzusetzen. Vorrangiges Ziel ist ein globaler Kohlenstoffmarkt. Daneben müssen die EU bzw. ihre Mitgliedstaaten ausreichende finanzielle Mittel für einen Technologiefonds, einen Anpassungsfonds und für die Finanzierung von Aufforstungsprojekten in den Tropen bereitstellen.

Anpassungsmaßnahmen an unvermeidbare klimatische Veränderungen wie Deichbau, Küsten- und Hochwasserschutz gehören auf die Prioritätenliste europäischer Klimapolitik.

Die FDP fordert eine Innovationsoffensive für saubere Energie. Dazu gehören sowohl die Erneuerbaren Energien als auch die Förderung moderner CO₂-Abscheidungstechnik (CCS). Die FDP fordert einen wirksameren Technologietransfer in die Entwicklungsländer. Wir brauchen mehr Initiativen zur Umsetzung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern – durch konsequente Nutzung des „Clean Development Mechanism“ (CDM), die Anrechnung von Aufforstungsprojekten und Maßnahmen zur Vermeidung von Abholzung. Gleichzeitig muss der CDM so reformiert werden, dass die Zusätzlichkeit der Projekte sicher gestellt ist. Im Gegenzug kann dann die Deckelung der CDM-

Projekte in der EU-Emissionshandelsrichtlinie entfallen. Zudem muss die EU wirksamere Maßnahmen gegen den Handel mit illegal geschlagenem Holz ergreifen.

Die FDP begrüßt, dass im Klima- und Energiepaket der EU der Emissionshandel als zentrales Element kosteneffizienter Klimapolitik weiterentwickelt wurde. Es ist sinnvoll, Emissionsrechte zunehmend marktwirtschaftlich durch Versteigerung zu verteilen und zugleich die besondere Situation energieintensiver Branchen im internationalen Wettbewerb zu berücksichtigen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die rechtlichen Spielräume zur Verwendung der Versteigerungserlöse national voll ausgeschöpft werden. Die FDP fordert, dass die Erlöse durch Senkung von Steuern und Abgaben an anderer Stelle an die Bürger zurückgegeben werden.

Die FDP fordert zügige Verhandlungen über die Vernetzung des EU-Emissionshandels mit neuen Emissionshandelssystemen in Nordamerika und Australien. Der Emissionshandel ist zudem auf den Wärmemarkt und den gesamten Verkehr auszuweiten. Ansatzpunkt soll dort die oberste Handelsebene von Brennstoffen sein.

Die FDP begrüßt das Ziel der Europäischen Union, den Anteil der Erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf 20% bis 2020 zu erhöhen. Die FDP unterstützt nachdrücklich die Regelung in der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie, wonach im Verkehr die Nutzung regenerativen Stroms in Elektroautos stärker angerechnet wird als die Nutzung von Biokraftstoffen. Die Nutzung der Elektromobilität ist in Europa systematisch voranzutreiben. Bei importierter Biomasse muss die EU eine international wirksame Zertifizierung in die Praxis umsetzen, die sicherstellt, dass die Kraftstoff- oder Stromproduktion hieraus nicht die Abholzung des Regenwaldes oder anderer ökologisch sensibler Gebiete fördert. Die FDP spricht sich dafür aus, die Strategie eines Stromverbundes mit

Nordafrika (DESERTEC) und den Bau solarthermischer Kraftwerke mit Nachdruck innerhalb der Mittelmeerunion zu verfolgen.

Die FDP fordert:

- einen ehrgeizigen Klimaschutz – so kostengünstig, technologieoffen und wettbewerbsfähig wie möglich
- die Entlastung der Verbraucher, z. B. durch die Senkung der Stromsteuer bzw. einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Energie
- ein wirksames globales Klimaschutz-Abkommen („Post-Kyoto“)
- den Emissionshandel auf alle Wirtschaftssektoren auszuweiten
- kostengünstige Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern stärker zu nutzen
- Erneuerbare Energien auf 20% auszubauen, aber nicht auf Kosten der tropischen Regenwälder
- den Ausbau der Solarenergie in der Mittelmeerregion voranzutreiben

13. Wie sichern wir in Europa eine nachhaltige Mobilität für alle?

Das Mobilitätsbedürfnis der und die Mobilitätserwartungen an die Bürgerinnen und Bürger Europas werden immer größer – nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf europäischer. Aufgabe europäischer Verkehrspolitik ist es daher auch, die Grundlage dafür zu schaffen, dass sich die Menschen Mobilität in Europa leisten können, und nicht staatlicherseits immer weiter zu verteuern.

Insbesondere für Deutschland als Transitland sind eine effiziente europäische Verkehrspolitik und die Schaffung leistungsfähiger Verkehrsinfrastrukturen von vitalem Interesse.

Die europäische Verkehrspolitik hat die Aufgabe, die Leistungsfähigkeit aller Verkehrsträger zu optimieren, um das Ziel eines effizienten und nachhaltigen Verkehrssystems zu erreichen. Die FDP unterstützt dieses Konzept der „Ko-Modalität“.

Steigende Benzinpreise und Mautkosten haben die Transportkosten erheblich gesteigert, so dass auch die Verbraucherpreise für viele Produkte gestiegen sind. Die Verteuerung von Güterverkehr und Mobilität insgesamt darf weder Selbstzweck noch Mittel zur Haushaltskonsolidierung sein.

Die aktuellen Entwicklungstrends im Bereich der Elektroantriebe haben ein besonderes Leistungspotential für eine bezahlbare, energiesparende und klimaverträgliche Mobilität der Zukunft. Elektrische Antriebe eröffnen die Chance, die CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs substantziell und im Rahmen eines konsistenten Gesamtkonzepts zu verringern und Erneuerbare Energien besser im Verkehr nutzbar zu machen. Auch auf europäischer Ebene muss der Energiespeicherforschung und der Forschung für intelligente Netze (smart grids) deshalb eine noch wichtigere Rolle in der Energieforschung zugewiesen werden. Die Liberalen setzen sich dafür ein, dass Klimaschutz im Straßenverkehr vordringlich durch eine konsequente Nutzung des Emissionshandels und durch eine verlässliche und glaubwürdige Flankierung des technischen Fortschritts angestrebt wird und – wenn überhaupt – dann nur vorübergehend und ergänzend mit Hilfe bürokratischer Grenzwerte und einseitiger Belastungen für die Automobilhersteller. Wenn Elektroantriebe am Markt erfolgreich sind, müssen die Mengenziele für CO₂-neutrale Energien im Stromsektor so angehoben werden, dass sie die Zusatznachfrage für die elektrische Mobilität befriedigen können.

Die FDP fordert:

- die vollständige Liberalisierung des Güter- und Personenschienenverkehrs in der EU – dazu muss auf eine konsequente Umsetzung der beschlossenen Richtlinien (Eisenbahninfrastrukturpaket) gedrängt werden
- die Gewährleistung eines fairen und freien Zugangs zur Schieneninfrastruktur für alle Wettbewerber in Europa. Auch unsere Nachbarländer müssen ihre Verkehrsmärkte ähnlich wie Deutschland für den Wettbewerb öffnen
- die technische Harmonisierung im europäischen Eisenbahnverkehr. Dazu muss insbesondere das Zugleit- und Sicherungssystem ERTMS als europäischer Standard zügig eingeführt werden
- die Verbesserung des Lärmschutzes an Eisenbahnstrecken, insbesondere durch Maßnahmen an Güterzügen, z. B. durch den Einsatz der K-Sohle
- die Freigabe der Kobotage, also von Transport- und Logistikdienstleistungen innerhalb eines Landes durch ein Unternehmen aus einem anderen EU-Land
- die Einbeziehung aller Verkehrsträger in den europaweiten Emissionshandel durch den Erwerb von Verschmutzungsrechten auf der Großhandelsebene von Treibstoffen
- Streichung willkürlicher Verteuerungsinstrumente (wie der Ökosteuer)
- die schnellstmögliche Einführung eines europaweiten Systems zur Zertifizierung nachhaltig gewonnener Biokraftstoffe
- die Gleichbehandlung der Verkehrsträger
- die Bewahrung des kommunalen Selbstbestimmungsrechts – insbesondere bei Maßnahmen im städtischen Verkehr
- die Schaffung eines europäischen Luft- und Seeverkehrsraumes, u.a. durch ein gemeinsames Flugverkehrsmanagement (Single European Sky) und die Beseitigung der Seebinnengrenzen
- den Ausbau der transeuropäischen Verkehrskorridore, insbesondere zur Beseitigung grenzüberschreitender Engpässe

14. Wie schaffen wir mehr Demokratie und weniger Bürokratie in Europa?

Europa verändert in atemberaubender Geschwindigkeit sein Gesicht – muss aber aufpassen, die Bürger bei diesen Entwicklungen nicht am Rand stehen zu lassen.

Die voranschreitende Vertiefung und Harmonisierung des Binnenmarktes hat neben dem gewünschten einheitlichen Rechtsrahmen oft den Effekt, dass durch Übergangsvorschriften, Ausnahmeregelungen für einzelne Länder oder unterschiedliche Auslegungen von Richtlinien eine für den Bürger schwer zu verstehende Bürokratie entsteht. Hinzu kommen manchmal unsinnige und für Unternehmen fast immer belastende Berichts- und Mitteilungspflichten. Das Ziel europäischer Zusammenarbeit – das Leben und die wirtschaftliche Entwicklung der Menschen grenzüberschreitend zu erleichtern – wird dabei oft aus dem Auge verloren. So sehr einzelne Regelungen ihre Berechtigung haben mögen, ist ein wichtiges Ziel der Liberalen, diese ungewünschten Nebeneffekte der europäischen Zusammenarbeit so gering wie möglich zu halten.

Bürokratieabbau fängt an der Spitze an: Deshalb hält die FDP an ihrer Forderung nach einer Verkleinerung der Europäischen Kommission fest. In der Rotation wird darauf zu achten sein, dass die Mitgliedstaaten ihrem demografischen und wirtschaftlichen Gewicht entsprechend vertreten sein müssen. Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung sind für die Liberalen Chefsache und müssen in der Zuständigkeit des Kommissionspräsidenten angesiedelt sein.

Parlamentarische Mitwirkung auf nationaler wie europäischer Ebene ist der Garant für eine bürgernähere Rechtsetzung. Die weitere Demo-

kratisierung der EU ist auch ein Schlüssel für die Akzeptanz weiterer Vertiefung der europäischen Integration.

In den EU-Verträgen sollte zudem die Möglichkeit verankert werden, dass die Bürgerinnen und Bürger über Fragen, die für die Fortentwicklung der Union von grundlegender Bedeutung sind, einen EU-weiten Volksentscheid herbeiführen können. Dies gilt im Besonderen auch für die Schaffung einer echten EU-Verfassung, für die sich die FDP einsetzt.

Das Europäische Parlament soll nur noch an einem Ort tagen und, wie jedes andere Parlament auch, alleine über seinen Sitz entscheiden. Zurzeit ist es weltweit das einzige Parlament, das nicht nur einen, sondern gleich drei offizielle Standorte hat – in drei verschiedenen Ländern. Dieser Reisezirkus, verbunden mit einem immensen bürokratischen Aufwand, sowie Kosten für Steuerzahler und Umwelt, muss beendet werden.

Insbesondere steht das Europäische Parlament in der Verantwortung, Maßnahmen der Kommission und des Rates auf ihre Alltagstauglichkeit und Bürgerfreundlichkeit hin zu überprüfen. Deshalb müssen die Rechte des Europäischen Parlaments, aber auch der nationalen Parlamente weiter gestärkt werden. Die teuren „beratenden“ Gremien Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) und Ausschuss der Regionen (AdR) sind dagegen überflüssig oder bleiben weit hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Die nationalen Parlamente haben die Aufgabe, die Arbeit der jeweiligen Regierungen in Brüssel zu kontrollieren und die europäischen Debatten in die jeweilige nationale Öffentlichkeit zu tragen. Der Deutsche Bundestag hat diese Aufgabe bisher nur unzureichend wahrgenommen. Allzu oft wurde er in den letzten Jahren von im Rat verabschiede-

ten Richtlinien überrascht, obwohl er zuvor hätte mitwirken können. Die FDP setzt sich dafür ein, die Gesetzgebung transparenter und für den Bürger nachvollziehbarer zu machen.

Auch bei den Verhandlungen zur Finanziellen Vorausschau der EU spielt das deutsche Parlament eine zu geringe Rolle. Hier gibt die Bundesregierung ohne vorherige Beteiligung des Bundestages regelmäßig Zusagen in Milliardenhöhe. Die FDP will, dass die Mitwirkungs- und Informationsrechte des Bundestages weiter gestärkt werden.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip kann die Europäische Union nur rechtsetzend tätig werden, sofern sie eine entsprechende Rechtsgrundlage hat und nachweisen kann, dass eine Regelung auf europäischer Ebene sinnvoller ist, als auf nationaler. Gerade letzteres wurde in den letzten Jahren kaum beachtet. Die nationalen Parlamente stehen hier in der Pflicht, stärker auf die Einhaltung der Subsidiarität zu achten.

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass parlamentarische Rechte, Grundausrichtungen der Wirtschafts- und Finanzverfassung und langfristige Ziele der EU davon betroffen sind, muss die Mitwirkung der Parlamente an Änderungen der vertraglichen Grundlagen der EU ausgebaut werden.

Die FDP fordert:

- Bürokratieabbau direkt beim Kommissionspräsidenten anzusetzen
- die im Vertrag von Nizza vorgesehene Verkleinerung der Kommission umzusetzen
- Europäische Gesetze, wo sinnvoll, mit einem Verfallsdatum zu versehen
- klare Berechnung der mit einem Gesetz verbundenen Kosten vor Beschlussfassung

- die Zahl der Mitteilungs- und Berichtspflichten für Unternehmen erheblich zu reduzieren
- mit oder ohne Vertrag von Lissabon die Rechte des Europäischen Parlaments weiter auszubauen
- das Recht des Europäischen Parlaments, über seinen Sitz selbst zu entscheiden
- eine umfassende Reform des Ausschusses der Regionen
- die Abschaffung des Wirtschafts- und Sozialausschusses
- alle Rechte, die der Vertrag von Lissabon den nationalen Parlamenten gibt, in Deutschland umzusetzen
- dass der Deutsche Bundestag sich verbindliche Maßstäbe zur Subsidiaritätskontrolle schafft
- die verstärkte Mitwirkung des Bundestages bei Vertragsänderungen und finanziellen Zusagen an die EU
- stärkere Informations- und Mitwirkungsrechte für die nationalen Parlamente

Glossar

B2C, Abkürzung für „Business-to-Consumer“, steht für Kommunikations- und Handelsbeziehungen zwischen Unternehmen und Privatpersonen (Konsumenten).

Biodiversität, die Vielfalt der Arten auf der Erde, die genetische Vielfalt sowie die Vielfalt der Ökosysteme.

Budgethilfe, Instrument der Entwicklungsfinanzierung, bei welcher mehrere internationale Geldgeber Mittel zur Unterstützung einer nationalen Entwicklungsstrategie eines ärmeren Partnerlandes zur Verfügung stellen. Anders als bei Korbfinanzierungen fließt die finanzielle Unterstützung der Budgethilfe direkt in den Staatshaushalt des Nehmerlandes ein.

C2C, Abkürzung für „Consumer to Consumer“, steht für Kommunikationsbeziehungen zwischen Privatpersonen (Konsumenten).

Clean Development Mechanism (CDM), Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung, welcher Industriestaaten erlaubt, ihre Verpflichtungen zur Reduzierung von Treibhausgasen über die Maßnahmen im eigenen Land hinaus in Form von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern zu erreichen.

Cross-Compliance, Bindung der Direktzahlungen an Landwirte in Form von Prämien an die Einhaltung von Umwelt-, Lebensmittel-, Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutzstandards im Bereich der Agrarpolitik.

DESERTEC, Konzept, das davon ausgeht, dass Wüsten die größte technisch zugängliche Quelle für Energie sind. Wüsten und Technologie sollen genutzt werden, um Wasser-, Energie und Klimasicherheit zu stärken. Praktisch wird ein Stromverbund mit Nordafrika angestrebt.

Effektiver Multilateralismus, mit dem „wirksamen Multilateralismus“ verpflichtet sich die EU dem Völkerrecht und dessen Weiterentwicklung und spricht sich, neben der Stärkung der UNO und dem dazugehörigen Sicherheitsrat, auch für die Stärkung regionaler Organisationen aus. Die transatlantischen Beziehungen u.a. in der NATO werden als tragendes Element des internationalen Systems empfunden.

EU-Bruttonationaleinkommen (BNE), Begriff der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Das BNE hat das Bruttosozialprodukt (BSP) als einschlägiger Wohlstandsindikator abgelöst. Es gibt die Summe des BSP zu Marktpreisen, zuzüglich des Nettoprimäreinkommens aus der übrigen Welt an. Mit ihm berechnet die EU seit 2001 die Obergrenze ihrer Eigenmittel.

EU-Eigenmittel, Einnahmen der EU zur Finanzierung des Haushaltes, die ihr rechtlich zustehen. Neben den traditionellen Eigenmitteln aus Agrarabschöpfungen und Zöllen und sonstigen Einnahmen (u.a. Steuern auf Personaldienstbezüge, Geldbußen, Verzugszinsen) erhält die Union zurzeit Mehrwertsteuer(MwSt)-Eigenmittel (beruhen auf einheitlichem Prozentsatz, der auf die harmonisierten MwSt.-Einnahmen jedes Mitgliedstaats angewandt wird) sowie zunehmend Einnahmen aus den Bruttonationaleinkommen (BNE) (prozentueller Anteil am BNE der Mitgliedstaaten).

Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), vom Europarat, nicht der EU, ausgearbeiteter Katalog von Grundrechten und Menschenrechten, die allen Menschen garantiert werden, welche sich auf dem Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten aufhalten. Über ihre Umsetzung wacht der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Neben den klassischen Freiheitsrechten enthält die EMRK auch das Verbot der Folter, erniedrigender Strafen und Zwangsarbeit sowie die Abschaffung der Todesstrafe.

Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), unter der Federführung des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Javier Solana erarbeitetes Papier, das die außen- und sicherheitspolitische Orientierung der EU angesichts der globalen Herausforderungen und Risiken formuliert.

Europäischer Entwicklungsfonds (EEF), wesentliches Finanzinstrument im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit den AKP-Staaten (Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten), der für jeweils einen Fünfjahreszeitraum geschlossen, von den Mitgliedstaaten finanziert und nach wie vor nicht in den EU-Gesamthaushaltsplan eingestellt wird.

Europäischer Ombudsmann, ein vom Europäischen Parlament für die Dauer einer Legislaturperiode ernannter Bürgerbeauftragter, der von jedem Bürger der Union Beschwerden über Missstände bei der Verwaltungstätigkeit der Organe und Institutionen der EU entgegennimmt und bei gerechtfertigten Beschwerden Untersuchungen einleitet.

Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), mit Sitz in Brüssel, welches 1999 zum Schutz der finanziellen Interessen der EU und zur Bekämpfung von Betrug, Korruption sowie weiteren rechtswidrigen Handlungen innerhalb der Organe und Einrichtungen der EU eingerichtet wurde und seine Ermittlungen unabhängig durchführt.

Finanzielle Vorausschau, Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen EP, Rat und Kommission, die den Rahmen für die Ausgaben der Gemeinschaft in den großen Tätigkeitsbereichen über zurzeit sieben Jahre festschreibt. Darin enthalten sind die Ausgabenobergrenzen und die Struktur der geplanten Ausgaben, um eine geordnete Entwicklung der EU-Ausgaben innerhalb des Umfangs der EU-Eigenmittel sicherzustellen.

Gentechnisch veränderte Organismen (GVO), Organismen, deren gentechnisches Material gezielt verändert wurde. Oftmals handelt es sich um die Übertragung von Genen zwischen verschiedenen Arten, um auf diese Weise Tieren oder Pflanzen Eigenschaften zu vermitteln, die mit konventioneller Züchtung nicht erreicht worden wäre. Unterschieden wird zwischen grüner, roter und weißer Gentechnologie.

Globalisierungsfonds, („Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung“), ein mit jährlich 500 Mio. Euro ausgestatteter Fonds, welcher die Wiedereingliederung von Arbeitnehmern in den Arbeitsmarkt unterstützen soll, die aufgrund von Restrukturierungen im Welthandelsgefüge ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Grüne Gentechnik, Anwendung gentechnischer Verfahren in der Landwirtschaft mit dem Ziel, Kulturpflanzen mit Hilfe von gezielter Übertragung einzelner Gene neue Eigenschaften zu vermitteln und sie dadurch effizienter zu machen (z. B. Mais, Raps, Sojabohnen, Baumwolle).

Kohäsionspolitik, „Politik des Zusammenhalts“ zwischen einzelnen Staaten und Regionen in der EU. Mit Hilfe von finanziellen Programmen (Kohäsions- und Strukturfonds) soll das Entwicklungsgefälle zwischen den Regionen und Mitgliedstaaten verringert sowie die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts erreicht werden.

Ko-Modalität, bezeichnet die optimale und nachhaltige Nutzung der einzelnen Verkehrsträger (Straßen-, Schienen-, Schiff- und Luftverkehr) oder ihrer Kombinationen.

Konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage, Projekt zur Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer zwischen den Mitgliedstaaten.

Kopenhagener Kriterien, Kriterien, die potentielle EU-Kandidaten erfüllen müssen, um der Union beitreten zu können. Es handelt sich um wirtschaftliche (funktionsfähige Marktwirtschaft; Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten) sowie politische (Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit) Kriterien als auch um das Acquis-Kriterium (Übernahme des „gemeinschaftlichen Besitzstandes“). Zudem muss die Aufnahmefähigkeit der EU gewährleistet sein.

Kulturlandschaftsprämie, Prämie zur Honorierung der Dienstleistungen zur Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft. Damit sollen die agrarpolitischen Herausforderungen der WTO und EU-Osterweiterung gemeistert werden.

Kurzumtriebsplantagen, Anpflanzung schnell wachsender Baumarten auf landwirtschaftlichen Flächen mit dem Ziel, innerhalb kurzer Umtriebszeiten Holz als nachwachsenden Rohstoff zu produzieren.

Lissabon-Strategie, vom Europäischen Rat im März 2000 beschlossenes Papier mit dem Ziel, Europa bis zum Jahr 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen.

ordre-public-Vorbehalt, die Möglichkeit mitgliedstaatlicher Gerichte, bei der Anwendung ausländischen Rechts und des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung ausländischer gerichtlicher Entscheidungen diese ausnahmsweise nicht anzuerkennen bzw. diese für nicht vollstreckbar zu erklären, wenn die Anerkennung bzw. Vollstreckbarerklärung mit wesentlichen Grundsätzen des inländischen Rechts im Widerspruch steht.

Prinzip der doppelten Mehrheit, in der EU angestrebter Entscheidungsmechanismus, der bei Abstimmungen im Rat eine qualifizierte Mehrheit an Mitgliedstaaten (mindestens 55% der Mitgliedstaaten; pro Staat eine Stimme) und eine Mehrheit der durch die Mitgliedstaaten repräsentierten Bevölkerung (mindestens 65% der europäischen Bevölkerung) vorschreibt und damit Ausdruck der doppelten Legitimität der EU als Union der Staaten und der Bevölkerung ist.

Subsidiaritätsprinzip, in den Bereichen, die nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen, wird diese nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, „sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können“. Es besagt, dass Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden sollen.

Transeuropäische Netze (TEN), grenzüberschreitende Infrastrukturen in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation zur Verknüpfung europäischer Regionen und nationaler Netze als Grundlage für das Funktionieren des Binnenmarkts.

Verstärkte Zusammenarbeit, Verfahren, welches Mitgliedstaaten unter bestimmten Bedingungen gestattet, untereinander enger zusammenzuarbeiten, dabei jedoch den einheitlichen institutionellen Rahmen der EU zu wahren. Die verstärkte Zusammenarbeit versteht sich als letzte Möglichkeit, um in einem bestimmten Bereich Fortschritte zu erzielen. Diese muss von mindestens acht Mitgliedstaaten verfolgt werden, prinzipiell aber allen anderen Mitgliedstaaten offen stehen.

Index

A

Abfallpolitik: Seite 41
Abrüstung: Seite 9, 13 ff.
Agrarforschung: Seite 33
Agrarpolitik: Seite 20, 33
Arbeitnehmermobilität: Seite 31
Arbeitsplätze: Seite 10, 20 ff., 27
Asylpolitik: Seite 39
Ausgaben: Seite 17 f., 20 ff., 53
Auslandsstudium: Seite 26
Außenpolitik: Seite 9 f., 12, 21

B

Bankenaufsicht: Seite 10, 22 f.
Bildung: Seite 24, 31
Biodiversität: Seite 42, 52
Biokraftstoffe: Seite 34, 44, 47
Binnenmarkt: Seite 9, 20 ff., 35, 47
Bruttonationaleinkommen: Seite 18, 19
Budgethilfe: Seite 17, 52
Bürgergesellschaftliches Engagement: Seite 10
Bürgernähe: Seite 11, 17 ff.
Bürgerrechte: Seite 7, 10, 36 ff., 48
Bürokratieabbau:
Seite 8, 22, 29, 31, 35, 40, 48 ff.

C

Cross-Compliance: Seite 35, 52
CO₂-Reduktion: Seite 42 ff.

D

Datenschutz: Seite 8, 37 ff.
Demografischer Wandel: Seite 31 f.
Demokratie: Seite 8 f., 12, 14, 16, 48
Dienstleistungssektor: Seite 23
Direktzahlungen: Seite 20, 35
Diskriminierung: Seite 31

E

Einnahmen: Seite 18 ff.
Elektroantrieb: Seite 46
Emissionshandel: Seite 44 ff.
Energiebinnenmarkt: Seite 21
Energiepolitik: Seite 21
Entwicklungspolitik: Seite 15f.
Entwicklungszusammenarbeit: Seite 8, 15 ff.
Erneuerbare Energien: Seite 43, 46 f.
EU-Ausgaben Kontrolle: Seite 17, 19
EU-Einnahmensystem: Seite 18 f.
EU-Erweiterung: Seite 9 f., 12, 56
EU-Finanzierung: Seite 17, 19
EU-Haushalt: Seite 17 ff.
EU-Reform: Seite 9
EU-Regionalpolitik: Seite 19
EU-Steuer: Seite 8, 18 f.
EU-Verfassung: Seite 49
Export: Seite 20 ff.

F

Familienfreundlichkeit: Seite 30
Familienrecht: Seite 39
Finanzaufsicht: Seite 21 f.
Finanzmarktkrise: Seite 21 ff.
Finanzmarktreform: Seite 21
Fischerei: Seite 41
Forschung: Seite 27 ff., 42, 46
Freie Berufe: Seite 22
Freiheit: Seite 7, 10, 21, 48
Freiheitliche Marktwirtschaft: Seite 21 f.
Futtermittel: Seite 34

G

Gemeinschaftswährung: Seite 21 f.
Globalisierung: Seite 7, 12 f., 31 f.
Globalisierungsfonds: Seite 32, 55
Grundrechte: Seite 37 f.
Grüne Gentechnik: Seite 28, 34

H

Haushalt: Seite 17

I

Innenpolitik: Seite 9, 37 ff.
Innovation: Seite 21, 24, 27, 29

J

Justizpolitik: Seite 9, 37 ff.

K

Kinder: Seite 24, 26
Klimaschutz: Seite 34, 41 ff.
Ko-Finanzierung: Seite 20
Ko-Modalität: Seite 46, 56
Kohäsionsfond: Seite 18, 20
Konfliktlösung: Seite 14
Kopenhagener Kriterien: Seite 11
Kreativität: Seite 24 ff.
Kultur: Seite 24, 26
Kulturlandschaftsprämie: Seite 33, 35, 56

L

Landwirtschaft: Seite 32 f.
Lärmschutz: Seite 41 f., 47
Lissabon-Vertrag: Seite 8 f., 11, 37, 51
Luftqualitätsrichtlinie: Seite 40
Luftraum: Seite 47

M

Marktöffnung: Seite 21
Maut: Seite 46
Menschenrechte: Seite 8 ff.
Milchquote: Seite 35
Militär: Seite 13 ff.
Mittelstand: Seite 22
Mobilität: Seite 31, 45
Multilateralismus: Seite 13

N

Nachhaltigkeit: Seite 10, 17, 30, 34 f.

Nahrungsmittel: Seite 33

Nationale Parlamente: Seite 9, 39, 49

Naturschutz: Seite 40 ff., 34

Nuklearwaffen: Seite 13, 16

O

Ökosteuer: Seite 47

Offenlegung: Seite 19

P

Patentrecht: Seite 27

R

Rechtsordnung: Seite 37, 50

Rüstungsexport: Seite 15 f.

S

Sicherheitspolitik: Seite 12 ff., 16, 20, 37 ff.

Soziale Marktwirtschaft: Seite 8, 30

Sozialpolitik: Seite 8, 30

Sprachkompetenz: Seite 24

Städtepartnerschaft: Seite 26

Steuer: Seite 8, 18 f., 23, 34, 41, 53

Strafverfolgung: Seite 37

Streitkräfte: Seite 15 f.

Subsidiarität: Seite 17, 24, 28, 30, 40, 51, 58

T

Telekommunikation: Seite 23, 52, 58

Terrorismus: Seite 10, 37

Transparenz: Seite 15, 19, 48 ff.

Treibhauseffekt: Seite 43, 52

U

Umsatzsteuer: Seite 18, 41, 45, 53

UN-Sicherheitsrat: Seite 14

Urheberrecht: Seite 29

Umwelt: Seite 7, 9, 34, 40

V

Verbraucherschutz: Seite 35 ff.

Verfassung: Seite 49 f.

Verkehr: Seite 44 ff.

Verkehrsträger: Seite 45 ff.

Verschuldung: Seite 8, 18 f.

Versorgungssicherheit: Seite 21, 23, 42

Verstaatlichung: Seite 22

Verteidigung: Seite 10, 15

Verwaltung: Seite 29, 33, 48

Vielfalt: Seite 7, 24, 31, 42, 52

Volksentscheid: Seite 49

Vorratsdatenspeicherung: Seite 8, 38 f.

W

Währungskrise: Seite 22

Welthandel: Seite 7, 34, 55

Wertegemeinschaft: Seite 14

Wettbewerb: Seite 20 ff., 25, 27

Wissenstransfer: Seite 27, 34

Wohlstand: Seite 7 ff., 12, 20, 23, 25, 53

Z

Zölle: Seite 18, 19, 53

Zusammenarbeit:

Seite 10, 14 ff., 17, 23, 37, 48, 54

Zwangsbeimischung: Seite 34

Mit besonderem Dank an die Teilnehmer der
Internetdebatte auf www.europaprogramm.de,
die Organisatoren und Besucher der Regionalkonferenzen
sowie die Arbeitsgruppe Europaprogramm
unter der Leitung von Alexander Graf Lambsdorff MdEP,
Werner Hoyer MdB und Markus Löning MdB.

**FDP Bundesgeschäftsstelle
Thomas-Dehler-Haus**

Reinhardtstr. 14
10117 Berlin

Tel.: 030/28 49 58 – 0
Fax.: 030/28 49 58 – 22
E-Mail: info@fdp.de

www.fdp.de

Bemerkung zu dem Gedicht „Europa“

von Alexander Graf Lambsdorff, MdEP

Kurt Tucholsky, einer der größten deutschen Denker und Kritiker, hat sich zu Lebzeiten von niemandem vereinnahmen lassen. Der Abdruck seines Gedichts „Europa“ bedeutet daher auch nicht, wir glaubten, er würde 2009 bei der Europawahl die FDP wählen. Das Gedicht ist auch nicht Teil unseres Wahlprogramms, denn das Werk Tucholskys lässt sich in kein Parteiprogramm zwingen.

Die Botschaft des Gedichts ist gerade heute aktuell. Ein Europa ohne gemeinsamen Markt, ein Europa der Abschottung wird zu einem Europa des Nationalismus. Wirtschaftliche und politische Freiheit gehen Hand in Hand. Das gilt auch in schwierigen Zeiten – das Gedicht entstand 1932, als die Weltwirtschaft in einer tiefen Krise steckte.

Auch wenn wir nicht wissen, wen Kurt Tucholsky bei der Europawahl gewählt hätte – eines glauben wir schon, sagen zu können: Er wäre sicher wählen gegangen!

Europa

Am Rhein, da wächst ein süffiger Wein –
der darf aber nicht nach England hinein –
Buy British!
In Wien gibt es herrliche Torten und Kuchen,
die haben in Schweden nichts zu suchen –
Köp svenska varor!
In Italien verfaulen die Apfelsinen –
laßt die deutsche Landwirtschaft verdienen!
Deutsche, kauft deutsche Zitronen!
Und auf jedem Quadratkilometer Raum
träumt einer seinen völkischen Traum,
Und leise flüstert der Wind durch die Bäume . . .
Räume sind Schäume.

Da liegt Europa. Wie sieht es aus?
Wie ein bunt angestrichnes Irrenhaus.
Die Nationen schufteten auf Rekord:
Export! Export!
Die ändern! Die ändern sollen kaufen!
Die ändern sollen die Weine saufen!
Die ändern sollen die Schiffe heuern!
Die ändern sollen die Kohlen verfeuern!
Wir?
Zollhaus, Grenzpfahl und Einfuhrschein:
wir lassen nicht das geringste herein.
Wir nicht. Wir haben ein Ideal:
Wir hungern. Aber streng national.
Fahnen und Hymnen an allen Ecken.
Europa? Europa soll doch verrecken!
Und wenn alles der Pleite entgegentreibt:
daß nur die Nation erhalten bleibt!
Menschen braucht es nicht mehr zu geben.
England! Polen! Italien muß leben!
Der Staat frißt uns auf. Ein Gespenst. Ein Begriff.
Der Staat, das ist ein Ding mit'm Pfiff.
Das Ding ragt auf bis zu den Sternen –
von dem kann noch die Kirche was lernen.
Jeder soll kaufen. Niemand kann kaufen.
Es rauchen die völkischen Scheiterhaufen.
Es lodern die völkischen Opferfeuer:
Der Sinn des Lebens ist die Steuer!
Der Himmel sei unser Konkursverwalter!
Die Neuzeit tanzt als Mittelalter.

Die Nation ist das achte Sakrament – !
Gott segne diesen Kontinent.